

Weitere Erläuterungen des BMF zur steuerlichen Behandlung von Garantiezusagen, jedoch keine Ausnahmen oder Erleichterungen

November 2021

Eine Information des PwC Versicherungsteuer-Teams für Corporates

In Kürze

Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) hatte mit Schreiben vom 11. Mai 2021 die Grundsätze der versicherungs- und umsatzsteuerrechtlichen Behandlung von entgeltlichen Garantiezusagen, die im Zusammenhang mit Kauf- oder Werkverträgen angeboten werden, neu geregelt.

Zukünftig gilt danach eine entgeltliche Garantiezusage grundsätzlich nicht mehr als unselbständige Nebenleistung zum Kauf einer Sache, sondern als eigenständige Leistung auf die Versicherungsteuer abzuführen ist. Davon ausgenommen sind Garantiezusagen im Zusammenhang mit Vollwartungsverträgen. Da zahlreiche Fragen im Hinblick auf den Anwendungsbereich und die praktische Umsetzung offen blieben, hatten Wirtschaftsverbände separate Eingaben mit ihren drängendsten Fragen und Anliegen an das BMF gerichtet.

In seinen Antwortschreiben an die Verbände erläutert das BMF nunmehr zentrale Begriffe aus dem BMF-Schreiben vom 11. Mai 2021 und gibt Hinweise zur Anwendung in Einzelfällen. Die erhofften Ausnahmen oder Erleichterungen sind allerdings ausgeblieben. Es verbleibt ein weiterer Anwendungsbereich und damit die Notwendigkeit für viele Unternehmen, ab dem 1. Januar 2023 Versicherungsteuer abzuführen oder ihr Geschäftsmodell anzupassen.

Die ursprünglich vorgesehene Anwendung auf Garantiezusagen ab dem 1. Juli 2021 wurde durch BMF-Schreiben vom 18. Juni 2021 zunächst bis zum 1. Januar 2022 verschoben. Mit Schreiben vom 18. Oktober 2021 wurde die Umsetzungsfrist nochmals um ein Jahr letztmalig bis zum 31. Dezember 2022 verlängert.

Versicherungsteuer

Entgeltliche Garantiezusage

Das BMF beurteilt in den Antwortschreiben an die Verbände die Entgeltlichkeit und damit das Vorliegen eines Versicherungsverhältnis danach, ob der Garantiegeber für die Garantie ein zusätzliches Entgelt neben dem Kaufpreis für die Ware verlangt. Eine Entgeltlichkeit soll nicht vorliegen, wenn die Garantie in den Kaufpreis für die Ware eingepreist wird. Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass die Ware ausschließlich „inklusive Garantie“ angeboten wird und der Kunde die Ware nicht „ohne Garantie“ günstiger erwerben kann.

Vollwartungsvertrag

Ein Vollwartungsvertrag ist nach der Definition des BMF ein Vertrag, bei dem der Händler oder ein Dritter verspricht, die Funktionalität der Ware während der vertraglich vereinbarten Laufzeit des Vertrags umfassend zu erhalten. Ein solcher Vertrag umfasst neben Wartungs- und Inspektionspflichten auch die Pflicht des Händlers, defekte oder vor einem Defekt stehende (Verschleiß-)Teile auszutauschen.

Gezahlt wird hierfür auf Basis eines eigenständigen Vertrags ein Pauschalpreis, mit dem die regelmäßige Inspektion, Wartung und auch Austauschteile abgegolten werden, wobei Anpassungsklauseln sowie Sonderregelungen für außergewöhnlich teure Reparaturen/Ersatzteile vorgesehen sein können.

Verlängerung der Herstellergarantie gegen gesondertes Entgelt

Das BMF führt ferner aus, dass mit der vertraglichen Verlängerung der Herstellergarantie gegen gesondertes (zusätzliches) Entgelt zwischen dem Kunden und dem Hersteller ein Versicherungsverhältnis begründet wird. Versicherer ist der Hersteller.

Erfolgt die Garantie“verlängerung“ jedoch durch den Händler im eigenen Namen, wird der Händler Versicherer. Es handelt sich hierbei um eine eigenständige Garantie des Händlers, auch wenn der Inhalt der Garantie identisch ist.

Hat der Händler in einem solchen Fall einen Anspruch gegen den Hersteller, ihn im Garantiefall von der Inanspruchnahme freizustellen, besteht zwischen ihnen ein gemäß § 4 Abs. 1 Nr. 1 VersStG von der Versicherungsteuer befreites Rückversicherungsverhältnis. In seinem Schreiben an die Verbände stellt das BMF klar, dass es für die Annahme einer Rückversicherung nicht darauf ankommt, ob der Rückversicherer ein Versicherungsunternehmen ist oder z. B. der Hersteller.

Vorsteuerabzug

Das BMF verweist in seinen Schreiben erneut auf die unter Ziffer II des BMF-Schreibens vom 11. Mai 2021 dargestellten Folgen für den Vorsteuerabzug. Hierbei handelt es sich um zwingende gesetzliche Konsequenzen aus der geänderten Einordnung der Garantien als umsatzsteuerfreie Versicherungsleistung gem. § 4 Nr. 10 UStG.

Soweit Eingangsleistungen für die Ausführung umsatzsteuerfreier Garantieleistungen, zu denen nach Ziffer II. Nr. 1 des BMF-Schreibens vom 11. Mai 2021 neben der Garantiegewährung auch die Leistungen im Schadensfall gehören, genutzt werden, ist ein in der Vergangenheit in Anspruch genommener Vorsteuerabzug nach § 15a UStG zu berichtigen. Vorsteuern aus dem Einkauf von Reparaturmaterial sind soweit wie möglich direkt zuzuordnen oder, wenn dies nicht möglich sein sollte, aufzuteilen. Die gesetzlichen Erleichterungen bei der Aufteilung der Vorsteuern nach § 43 UStDV sollen hierauf nicht anwendbar sein.

Praxisfolgen

Die Antwortschreiben des BMF an die Verbände verdeutlichen erneut, dass Garantiezusagen grundsätzlich als Versicherungsleistung zu werten sind. Wie das BMF ausdrücklich betont, handelt es sich bei der Verlängerung der Übergangsfrist bis zum 31. Dezember 2022 um eine letztmalige Fristverlängerung, die dem anerkanntermaßen hohen Umstellungsaufwand bei den Unternehmen Rechnung trägt. Weitere Ausnahmen oder Erleichterung dürften nicht zu erwarten sein.

Als Optionen für Unternehmen, eine eigene Versicherungsteuerpflicht auf Garantiezusagen zu vermeiden, nennt das BMF in seinen Erläuterungen zum BMF-Schreiben vom 11. Mai 2021

- den Abschluss von sog. Vollwartungsverträgen,
- das Angebot von Waren ausschließlich inklusive eingepreister Garantie
- oder die Vermittlung oder Verschaffung von Versicherungsschutz eines Versicherungsunternehmens.

Die Prüfung des Vorliegens eines Versicherungsverhältnisses entscheidet darüber, ob im Einzelfall auf die Zahlung für die Garantiezusage Versicherungsteuer oder Umsatzsteuer anzumelden und abzuführen ist. Dabei geben die als unverbindlich einzuordnenden Erläuterungen des BMF an die Verbände hilfreiche ergänzende Hinweise.

Eine individuelle Klärung der eigenen Betroffenheit und Planung des weiteren Vorgehens wird jedoch für die meisten Unternehmen mit Garantievereinbarungen unvermeidbar sein und in vielen Fällen aufwendig bleiben. Denn wie zu erwarten war, verbleiben aufgrund der Vielzahl der betroffenen Branchen, Produkte und Leistungsbeziehungen unterschiedlichste Fragen in Bezug auf die steuerrechtliche Einordnung der individuellen Verträge. Diese sind nun auf Basis des Versicherungsteuergesetzes, sowie der Rechtsprechung zu analysieren und gegebenenfalls für eine hinreichende Planungssicherheit mit der Finanzverwaltung im Rahmen einer verbindlichen Auskunft abzustimmen.

Eines hat sich gezeigt. Zwar ist die Berechnung von Umsatzsteuer gewohnter und in der Regel auch wirtschaftlich erstrebenswerter für Unternehmen und Kunden im Vergleich zu der Versicherungsteuer. Allein das Fehlen eines separaten Ausweises des Entgelts für die Garantie in Rechnungen und Vertragsunterlagen schützt jedoch nicht vor der steuerlichen Einstufung als Versicherungsverhältnis.

Die vom BMF gewährte Übergangsfrist von einem Jahr relativiert sich für viele Unternehmen als dringend benötigte Vorbereitungszeit. Zu berücksichtigen sind insbesondere eine sorgfältige Bestandsaufnahme der angebotenen und geplanten Garantiezusagen, eine darauf aufbauende versicherungsteuerliche Analyse der Verträge, gegebenenfalls notwendige Abstimmungen mit der Finanzverwaltung

und in Einzelfällen auch mit der BaFin. Abhängig von den Ergebnissen kann sich eine Anpassung der Garantie-Modelle als sinnvoll erweisen. Daneben sind die Auswirkungen auf den Vorsteuerabzug individuell zu ermitteln und interne Prozesse im Rechnungswesen und der IT auf die geänderten steuerlichen Rahmenbedingungen anzupassen.

Betroffenen Unternehmen ist daher insgesamt dringend anzuraten, zeitnah diesen Prozess zu starten, um Garantiezusagen auch nach dem 31. Dezember 2022 steueroptimiert anbieten zu können und fristgerecht zum 1. Januar 2023 steuerlich „compliant“ zu sein.

Quellen

Antwortschreiben des BMF im Oktober 2021 an Wirtschaftsverbände.

BMF-Schreiben vom 18. Oktober 2021, III C 3 – S 7163/19/10001:001.

BMF-Schreiben vom 18. Juni 2021, BStBl. I S. 871.

BMF-Schreiben vom 11. Mai 2021, BStBl. I S. 781.

BFH-Urteil vom 14. November 2018, XI R 16/17, BStBl. II 2021 S. 461.

Über uns

Versicherungsteuer-Expertise für Unternehmen der versicherungsnehmenden Wirtschaft

Haben Sie Fragen? Wir freuen uns auf Ihren Anruf.



Petra Behnisch
Director, RA/StB
Phone: +49 40 6378 8427
Mobile: +49 160 9782 7213
Email: petra.behnisch@pwc.com



Martin Baur
Manager, Jurist/BSc.
Phone: +49 40 6378 2285
Mobile: +49 170 741 3086
Email: martin.baur@pwc.com

Die Beiträge dieser Publikation sind zur Information unserer Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer Büros zurück. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.

© Oktober 2021 PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.
"PwC" bezeichnet in diesem Dokument die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die eine Mitgliedsgesellschaft der PricewaterhouseCoopers International Limited (PwCIL) ist. Jede der Mitgliedsgesellschaften der PwCIL ist eine rechtlich selbstständige Gesellschaft.